



Herrn Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder Bayerische Staatskanzlei Postfach 220011 80535 München

München, 28.09.2020

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder,

leider muss sich die Apothekerschaft in Bayern heute in einer sehr ernsten Angelegenheit direkt an Sie als Ministerpräsidenten wenden.

Das in Turbulenzen geratene private Apotheken-Abrechnungszentrum AvP Deutschland GmbH in Düsseldorf ist zahlungsunfähig. Den Insolvenzantrag hatte der von der Finanzaufsicht eingesetzte Sonderbeauftragte beim Amtsgericht Düsseldorf gestellt. Die Firmenpleite hat bei den betroffenen Apotheken große Sorge ausgelöst. Mit rund 3.600 Apotheken sind bundesweit ca. 20% aller Apotheken Kunden der AvP, in Bayern mindestens 300 Apotheken, d.h. mehr als 10% aller bayerischen Apotheken.

Das Rechenzentrum AvP wickelt das Zahlungsgeschäft der Apotheken in Deutschland mit den Krankenkassen ab. Es reicht die Rezepte gebündelt bei den Kassen ein und leitet die Erstattungsbeträge der Krankenkassen an die Apotheken weiter. Dabei geht AvP in Vorleistung und bezahlt die Apotheken, bevor es selbst das Geld von den Krankenkassen erhält. Da es sich hierbei um Bankgeschäfte handelt, fällt ein solches Geschäftsmodell In die Zuständigkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin. Nachdem der BaFin Unregelmäßigkeiten im Unternehmen aufgefallen waren, setzte sie einen Sonderbeauftragten ein und übertrug ihm die alleinige Geschäftsführung des Abrechnungs-Zentrums. Außerdem hat die Behörde Strafanzeige erstattet.

Zurzeit ist noch unklar, ob und in welchem Umfang die AvP die Forderungen der Apotheken bedienen kann. Die Rechtslage ist kompliziert. Fest steht jedoch, dass ein kompletter Forderungsausfall eine Vielzahl von Apotheken - auch in Bayern - völlig unverschuldet in eine existenzielle Bedrohungslage bringen wird, die in manchen Fällen mit wochenlangen coronabedingten Umsatzrückgängen kumuliert.





Wie viele Betriebe in welchem Umfang von der AvP-Insolvenz betroffen sein werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehen. Die Schließung einer nennenswerten Zahl von Apotheken kann - nach mehreren aufeinanderfolgenden Jahren des Rückgangs der Anzahl von Präsenzapotheken - jedoch in Regionen Bayerns zu einer Gefährdung der flächendeckenden Arzneimittelversorgung der Bevölkerung führen.

In dieser Situation benötigen die betroffenen Apotheken unbürokratische Hilfe. Zwar haben sowohl Banken als auch andere Rechenzentren signalisiert, Apothekern, denen die AvP große Summen schuldet, nach eigener Auskunft mit Kreditlinien, Überbrückungskrediten oder Vorfinanzierungen auf künftige Rezeptabrechnungen zu helfen. Doch egal ob Kredit oder Vorfinanzierung, bei einem Zahlungsausfall ist das Geld für die Apotheken verloren. Eine Situation, die für viele Apotheken das Aus bedeuten wird. Die wirtschaftliche Lage ist durch die schwierigen Rahmenbedingungen, mit denen sich die Apotheken seit Jahren sowieso schon auseinandersetzen müssen, ohnehin sehr angespannt.

Wir bitten Sie deshalb zu prüfen, inwieweit es möglich ist, die unverschuldet in Not geratenen Apotheken aus Mitteln des Freistaates zu unterstützen.

Gerne stehen wir Ihnen für ein direktes persönliches Gespräch über diese missliche Situation zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Benkert

Präsident

Bayerische Landesapothekerkammer

Dr. Hans-Peter Hubmann

1. Vorsitzender

Bayerischer Apothekerverband e.V.